

Fortbildungskongreß in Montecatini

DDR – Prävention – Apotheker – Psychotherapeuten – Ersatzdrogen

Berufspolitik nach dem Würzburger Ärztetag

Eine Fortsetzung der Debatten des Ärztetages – das ist meist der Inhalt des berufspolitischen Kolloquiums beim unmittelbar anschließenden Fortbildungskongreß der Bundesärztekammer in Montecatini Terme. Diesmal gab es aber schon nach einer Woche Weiterführendes: Prof. Dr. Gustav Osterwald, Vizepräsident der Bundesärztekammer und (wie die Schweizer sagen würden) Alt-Präsident der niedersächsischen Kammer, berichtete über die Würzburger Diskussionen zum Thema DDR, die nachträglich durch die inner-bundesrepublikanische Diskussion zum Staatsvertrag erst besonderes Gewicht erhielten. Es sei, meinte Osterwald, schon erstaunlich, daß nach dem offensichtlichen Scheitern des Sozialismus in der DDR ausgerechnet westdeutsche Politiker das Gesundheitswesen wieder als „Spielwiese für sozialistische Experimente“ benutzen wollten. Im übrigen müßten die Freiberufler insgesamt auf der Hut sein: Im Zuge der Zusammenführung der Rentenversicherungen seien wieder einmal die berufsständischen Versorgungswerke in Gefahr – wenn nämlich die Zwangsmitgliedschaft *aller* Bürger in *einer* Rentenanstalt durchgesetzt werden soll.

Präventions-Modell

Osterwald machte einige Bemerkungen zum Bericht der Bundestags-Enquete-Kommission „Strukturreform im Gesundheitswesen“. Er warnte vor Selbstgerechtigkeit. Wenn heftige Kritik am System und an der Realität in der ambulanten Versorgung geübt werde, dann stek-

ke darin immer ein Körnchen Wahrheit. Dies müsse aufgespürt werden und Ansatz für Verbesserungen sein. Gegen die Vorstellungen der Kommission, Prävention und Rehabilitation zu intensivieren, sei wenig einzuwenden, selbst nicht gegen die dabei wieder einmal auftauchenden „Regionalkonferenzen“ – vorausgesetzt, daß ihre Tätigkeit sauber und exakt vom kurativen Bereich abgegrenzt werde. Abzulehnen sei die Konzentrierung sämtlicher Rehabilitationsmaßnahmen auf einen einzigen Träger. Osterwald berichtete über ein erfolgreich angelaufenes Präventions-Modell, das in Niedersachsen zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation in Gang gesetzt worden ist – erfolgreich, weil die WHO in den letzten Jahren offensichtlich „entideologisiert“ worden sei: Sie habe den Slogan „Gesundheit für alle im Jahre 2000“ ja inzwischen auch unauffällig aus dem Verkehr gezogen und durch „Gesundheit 2000“ ersetzt.

In der Diskussion im Pinienhain der Thermen geriet das Präventionsthema in andere Zusammenhänge, insbesondere in den auf dem Ärztetag besprochenen Streit mit den Apothekern. Hier gab es Erfahrungsberichte von lokaler Ebene. Es habe keinen Zweck, sagte Prof. Dr. Osterwald, sich mit den Apothekerkammern auseinanderzusetzen. Ein Arzt aus einer kleineren westdeutschen Großstadt mit 80 Apotheken zeigte die Zielgruppe an: Dort haben sich die Ärzte zum Apotheker-Stammtisch einladen lassen, also zum örtlichen Apothekerverein, haben deutlich ihren Standpunkt klargemacht und die Möglichkeiten aufgezeigt, wie sie sich zur Wehr setzen könnten. Das sei erfolgreich gewe-

sen, und man sei auch zu der informellen Vereinbarung gekommen, „aut-simile“-Rezepte nur für Notfälle am Wochenende auszustellen und auszuführen.

Prof. Dr. Osterwald und Dr. Erwin Odenbach, Hauptgeschäftsführer der Bundesärztekammer, berichteten über die Entwicklungen um das Psychologengesetz. Bundesgesundheitsministerin Lehr ziele nicht mehr auf ein Gesetz in dieser Legislaturperiode, sondern auf einen Referentenentwurf, von dem die nächste Regierung kaum mehr abgehen könnte. Es sei zu hoffen, sagten beide, daß dabei die rechtlichen Grundlagen für eine ersprießliche Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Psychologen geschaffen werden können: Gesetzliche Regelung für die Ausbildung von Diplom-Psychologen zu klinischen Psychologen (der Bund kann nur Aus-, nicht Weiterbildung regeln) sowie Änderungen in den Heilberufsgesetzen der Länder, zum Beispiel, um Praxisgemeinschaften von Ärzten und klinischen Psychologen zu ermöglichen. Erreicht worden sei, daß nicht, wie die Psychologen ursprünglich wünschten, ein „Psychotherapeuten-Gesetz“ erarbeitet werden soll – dies würde den Eindruck erwecken, daß niemand sonst, also auch kein Arzt, Psychotherapie betreiben könne –, sondern ein „Gesetz über den psychologischen Psychotherapeuten“.

Streitthema Methadon

Noch ein Punkt aus der dreistündigen Diskussion: Prof. Dr. Osterwald wandte sich gegen weitere „Methadon-Programme“, die er als „Verlockung zum Verzicht auf eine echte Ersatztherapie“ ansieht. Im individuellen Einzelfall sei eine Substitutionstherapie als ärztliche Behandlung durchaus denkbar, aber man bewege sich dabei auf einem schmalen Grat: Rechtlich sei eine solche Therapie eigentlich nur als „Phase-III-Studie“ mit entsprechender Begleitung durch eine Ethik-Kommission denkbar, denn Methadon ist unter der Indikation „Heroin-Entzug“ (noch) gar nicht zugelassen! bt